

Herr Stefan Hausdorf
Herr Sozialdezernent Wolfgang Hohlmeier
Herr Verwaltungsdirektor Andreas Holz
Herr Wolfgang Winter
Herr Bau- und Planungsdezernent Alkmar Zenger, Berufsmäßiger Stadtrat

Sitzungsdienst:

Herr Lukas Moll

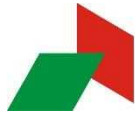
Gäste:

Herr Karl Bärnklaus
Herr Hans-Jürgen Gmeiner
Herr Bürgermeister Lothar Höher
Herr Helmut Schöner
Frau Sonja Schuhmacher

Abwesend waren:

Mitglieder:

Herr Dr. Christian Deglmann
Frau Dagmar Nachtigall



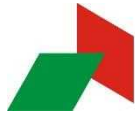
Oberbürgermeister Jens Meyer begrüßte die Mitglieder des Gremiums, die Damen und Herren der Verwaltung und die Vertreter der Medien sowie die Zuhörer. Er stellte die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Plenums fest.

Mit der vorliegenden Tagesordnung bestand Einverständnis.

Tagesordnung

- 1 Grundsteuerreform 2025 – Festsetzung der Hebesätze für die Grundsteuer ab dem Haushaltsjahr 2025
- 2 Haushaltssatzung der Stadt Weiden i.d.OPf. für das Haushaltsjahr 2025
- ~~3 Budgets zum Haushaltsplan 2025 im Verwaltungs- und Vermögenshaushalt~~
- ~~4 Finanzplan und Investitionsprogramm der Stadt Weiden i.d.OPf. für das Haushaltsjahr 2025~~
- ~~5 Haushaltssatzung der von der Stadt Weiden i.d.OPf. verwalteten Stiftungen für das Haushaltsjahr 2025~~
- ~~6 Finanzplan und Investitionsprogramm der von der Stadt Weiden i.d.OPf. verwalteten Stiftungen für das Haushaltsjahr 2025~~
- 7 Genehmigung der Niederschrift der letzten öffentlichen Sitzung
- 8 Bekanntgabe von in nichtöffentlicher Sitzung getroffener Beschlüsse
- 9 Antrag des Schwimmvereins Weiden 1921 e.V. zur Anpassung des bisherigen Zuschusses zum Betrieb des Freizeitentrums Schätzlerbads
- 10 Quartalsbericht über Steuerentwicklung
-vgl. Finanzausschussbeschluss Nr. 134 vom 14.12.2004
- 11 Heizbeihilfe für Leistungsberechtigte nach dem SGB XII

Die Tagesordnungspunkte 3 – 6 werden in die nächste Sitzung verschoben.



OB Meyer trug folgende Haushaltsrede vor:

Diese Sitzung steht ich Lichte der Etatberatungen für den Haushalt des Jahres 2025. Die Vorzeichen sind nicht die Besten für einen Haushalt in dieser Zeit. Wir sind in einer Situation in der die Einnahmen immer weniger und die Ausgaben immer mehr werden. Diese Schere droht immer weiter auseinander zu geraten. Uns muss es möglichst schnell gelingen, diese Schere wieder zusammen zu bringen. Dies ist insofern schwierig, weil wir nicht die einzigen in dieser Situation sind. Prekäre Haushaltslagen haben ebenso der Bund, das Land sowie der Bezirk und schlussendlich auch die Kommunen. Die Kommunen sind dabei die letzten in der Nahrungskette. Wir müssen schauen was übrig bleibt und mit dem zurechtkommen, was wir haben. Es wird eine große Herausforderung sein, den Haushalt für 2025 zu zubekommen. Dies sei u. a. aufgrund steigender Personalkosten, steigender Bezirksumlage sowie sinkenden Schlüsselzuweisungen. Diese drei Positionen alleine ergeben eine Summe von 11,3 Mio. € - Dinge die man selbst nicht beeinflussen kann.

Hinzu kommen Ausgaben für soziale Dinge. Hier habe man Pflichtaufgaben, welche durch Bund oder Land nicht vollständig gedeckt werden. Hierzu wünsche man sich als Kommune eine vollständige Deckung durch Bund und/oder Land. Weitere Unterstützung in Millionenhöhe brauche man für die Deckung der Kliniken AG. Weiterhin müssen wir uns über die Grundsteuerreform unterhalten. Bisher hatte man einen Hebesatz von 400%. Hierzu müsse man sich überlegen, wie man damit umgehen will. Der durchschnittliche Hebesatz der kreisfreien Städte in Bayern liegt bei 496 %. Darüber müsse man entsprechende Diskussionen führen. Die Herausforderung ist groß. Aber wir wollen auch ein Zeichen setzen, um die Stadt weiterhin attraktiv zu halten. Man will das kulturelle Angebot in der Stadt so gut es geht aufrechterhalten. Dazu müsse man sich die Kosten-Nutzen-Relation anschauen. Positive Beispiele seien die Sommerserenaden oder das Schätzlerbad. Man müsse sich intensiv mit den freiwilligen Leistungen auseinandersetzen. Hierfür werden aktuell ca. 3,8 Mio. € benötigt. Prognostiziert auf 10 Jahre ergeben diese 38 Mio. €. Aufgrund dessen müsse man sich darüber perspektivisch Gedanken machen.

Jedoch bin ich davon überzeugt, dass wir mit einer gemeinsamen Anstrengung aller Fraktionen, es gelingen kann, den Haushalt auszugleichen. Momentan habe man eine Lücke von rund 7 Mio. €, welche gedeckt werden muss. Im Vermögenshaushalt wird es noch schwieriger als im Verwaltungshaushalt werden, da einige Investitionen anstehen. Investitionen welche viel zu lange liegen geblieben sind. Es sind wichtige Investitionen, wie u. a. Generalsanierung Pestalozzischule, Neubau Realschulen, usw. Weiterhin ist es wichtig, den Ausbau der Ganztagsbetreuung voranzubringen, welcher einige Millionen in Anspruch nehmen werde. Ein Kratzen an der 100 Mio. € Schuldengrenze könne man nicht vermeiden. Der Haushalt ist alleiniges Königsrecht, nicht des Oberbürgermeisters, sondern des gesamten Stadtrates. Der Stadtrat müsse zusammen mit dem Oberbürgermeister entscheiden, wo setze man Schwerpunkte der Investitionen, wo wolle man Sparmaßnahmen ansetzen und wo wolle man Gelder ausgeben.

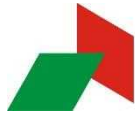
*Ich freue mich auf eine konstruktive Mitarbeiter und auf gute Etatberatungen.
Herzlichen Dank.*

StR Dr. Zeitler trug folgende Haushaltsrede vor:

*Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren,*

wir diskutieren heute über einen Haushalt, der wiederum eine große Deckungslücke im Verwaltungshaushalt enthält. Selbst der Oberbürgermeister betont in seinem Begleitschreiben, dass „Eine Genehmigungsfähigkeit in diesem Umfang [...] angezweifelt werden kann.“ Ursachen sieht der Oberbürgermeister in „externen Faktoren“.

Tatsächlich stehen Haushaltsberatungen immer im Lichte aktueller Entwicklungen und spiegeln diese wider. Und hier stimmen die Vorzeichen nicht positiv. Der Geschäftsklimaindex sinkt, Deutschland ist innerhalb kürzester Zeit zum Schlusslicht Europas geworden und wer in die Wirtschaftsnachrichten schaut sieht, liest von einer Hiobsbotschaft nach der anderen. Der Fokus liegt natürlich auf der Autoindustrie, doch auch wir müssen in der Region leider schwere Rückfälle durch Insolvenzen wahrnehmen. Das dies auch für uns in Weiden nicht folgenlos bleibt, kann sich jeder ausrechnen. An der Stelle wünsche ich allen Betroffenen Mut und Zuversicht. Gleichzeitig möchte ich mich zu Beginn der Haushaltsberatungen als



erstes bei denen bedanken, die jeden Morgen aufstehe und ihrer Arbeit oder ihrem unternehmerischen Mut dazu beiträgt, dass wir hier überhaupt mit Steuern Politik gestalten können. Neben den aufziehenden Wolken im Wirtschaftsbereich steigen die Sozialausgaben ins Unermessliche. Ob Ausgaben für Bürgergeld, Asylsuchende, Grundsicherung und Co. Derzeit gibt es keine Grenze nach oben. Dies führt nicht nur dazu, dass die Haushalte in Bund und Land ins Wanken geraten, sondern auch wir spüren das direkt in unserem dramatisch steigenden Sozialetat und indirekt über die steigende Bezirksumlage. Denn auch der Bezirk kümmert sich im Wesentlichen um soziale Belange. Allein dies Umlage macht bei uns im Verwaltungshaushalt 4,9 Millionen Mehrausgaben aus. Schmerzhaft für uns, dass viele dieser Aufgaben ohne finanziellen Ausgleich an die Kommunen durchgereicht werden. Insgesamt zeigen diese beiden Entwicklungen, dass etwas aus dem Lot geraten ist und die Balance zwischen Leistungserbringern und Leistungsempfängern nicht mehr stimmt. Für den Haushalt auch in Weiden bedeutet das stagnierende Einnahmen und steigende Ausgaben. Sind wir damit jetzt allein. Das sicher nicht. „Die Kommunalfinanzen geraten immer mehr in eine bedrohliche Schiefelage. Die Steuereinnahmen stagnieren, während die Ausgaben massiv steigen. Dieser Trend ist leider ungebrochen“, sagt der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Straubings Oberbürgermeister Markus Pannermayr:

Und weiter: „Die ungesicherte Finanzlage der bayerischen Kommunen darf nicht beschönigt werden. Da braut sich einiges zusammen. Städte und Gemeinden werden vermehrt in die Situation kommen, ihre Haushalte ab 2025 nicht mehr ausgleichen zu können.“

Die Aufstellung von genehmigungsfähigen Haushalten gestaltet sich immer schwieriger.

Also: Wir können ja gar nichts dafür, die Lage in Deutschland ist allgemein schwierig? Externe Faktoren sorgen für die Schwierigkeiten bei uns?

Ein zweiter regionaler Punkt wird immer diskutiert, warum wir aktuell einen aus unserer Sicht nicht genehmigungsfähigen Haushalt vorgelegt bekommen haben. Unsere laufende Unterstützung für die Kliniken Nordoberpfalz AG. Jetzt möchte ich deutlich unterstreichen, dass für uns der beschrittene Weg, die Gesundheitsversorgung regional in der Nordoberpfalz aufzustellen ohne Zweifel der richtige Weg ist. Die Signale aus Land und Bund deuten darauf hin, dass dies absolut richtig und wichtig war und ist. An der Stelle möchte ich auch Mal den Akteuren in Neustadt und Tirschenreuth danken, die diesen Transformationsprozess mit dem Verlust vieler eigener Häuser verbinden. Aber – und das ist die Botschaft an die Bevölkerung: Die Gesundheitsversorgung ist in allen Winkeln der Nordoberpfalz sichergestellt und durch ein starkes qualitativ hochwertiges Haus in Weiden und unterstützende Angebote im Landkreis können wir dies auch auf höchstem Niveau gewährleisten. Und ja – dieser Transformationsprozess kostete und kostet enorm viel Geld und hat auch unsere Haushalte belastet. Doch konnte mir niemand der Zweifler und Skeptiker einen alternativen Weg aufzeigen, der nicht über eine Privatisierung geht. Und hier bleiben wir klar: Das war und ist nicht unsere Zielrichtung. Die 3.100 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter leisten einen tollen Job und wir werden auch weiterhin alles dafür tun, dies zu erhalten. Tatsächlich haben wir dafür auch mehrere dutzend Millionen Euro investiert. Aber dies liegt im Wesentlichen auch an einer völligen Unterfinanzierung des Systems und wir hoffen alle sehr darauf, dass sich hier die Rahmenbedingungen aus Berlin deutlich verbessern.

Also auch bei diesem zweiten Punkt: Wir können ja nichts dafür, die Lage bei Kliniken ist schwierig. Die KNO ist schuld, dass wir in einer so schwierigen Haushaltslage sind.

Doch gibt es leider halt auch viele interne Gründe die dazu führen, dass wir unseren Haushalt nicht auf stabile Beine bekommen – schlaglichtartig will ich diese aufzeigen:

- *Wohnentwicklung*

Wir haben seit Jahren Grundstücke in unserem Eigentum in zweistelligen Millionenwert. Diese sind entwicklungsfähig und dort könnten schon lange Kinder spielen.

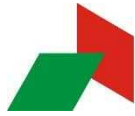
Dies ist der

- o Turnerbund*
- o SV-Detag Gelände im Stockenhut*
- o Große Flächen im Weidener Osten*

Teilweise liegen diese Gebiete über Jahre brach und wir haben bereits Millionen ausgegeben und teilweise versenkt für die Entwicklung dieser Gebiete. Aber: nichts geht voran. Auch in diesem Haushalt stehen hier maximal wage Hoffnungen.

- *Gewerbeentwicklung:*

Seit dem verlorenen Bürgerentscheid gibt es in der Stadt Weiden keinerlei Entwicklung mehr, neue Gewerbeflächen zu entwickeln. Wir führen Pseudodiskussionen über nicht vorhandene Flächen und



währenddessen verlassen teilweise seit Jahrzehnte ansässige Firmen die Stadt. Von Neuansiedlungen ganz zu schweigen. Hier wurde schon mehrfach von FDP, Bürgerliste und der CSU eingefordert, hier den Fokus darauf zu legen. Allerdings sehen wir hier keinerlei Anspruch und Willen, dieses Thema anzugehen.

Auch hier im Haushalt dazu keinerlei Impulse.

- Mangelnde Umsetzungskraft.

Wir stellen von Jahr zu Jahr Millionen für Baumaßnahmen zur Verfügung. Doch die Gelder werden nicht genutzt und verschoben sich ins nächste Jahr. Wir tragen Haushaltsreste von 20 Millionen mit uns rum: Gelder, die eigentlich zur Verfügung stehen würden, aber nicht abgerufen werden. Beispiel gefällig: Pressestatement vom Oberbürgermeister vor der letzten Haushaltsberatung im Jahr 2023: Unaufschiebbar sei auch eine Stützmauer zur Hangsicherung an der Straße Mitterhöll und Muglhot: Für das 2,1 Millionen Euro teure Projekt plane die Stadt im kommenden Haushaltsjahr 1,4 Millionen Euro ein. Wie viel wurde hier ausgegeben, was ist passiert... Und hier könnten wir eine Liste fortsetzen. Übrigens stand in diesem Pressebericht auch der Baubeginn für die infrastrukturelle Innenerschließung des SV-Geländes mit einer Anfinanzierung von 250.000 Euro auf der der To-do-Liste.

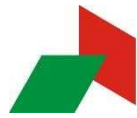
Also: Nicht nur externe Faktoren, sondern leider auch viel hausgemachte Probleme. Dies ist ja auch der Grund, warum andere Kommunen deutlich besser für dieses anstehende Krise gerüstet sind. Ich will nicht noch einmal das Beispiel Amberg bemühen.

Für jeden, der nicht seit Jahren die Haushaltsberatungen begleitet, und wir im Raum wissen alle, dass sich diese Entwicklung schon seit langem andeutet. Schon seit Beginn dieser Periode werden wir von der Kämmerei darauf hingewiesen, dass die Schere zwischen geplanten und finanzierten Maßnahmen weit auseinander geht. Schon seit Jahren werden wir darauf hingewiesen, dass wir uns ausufernde Verschuldungen nicht leisten können. Seit Jahren werden wir darauf hingewiesen, dass wir an die Grenzen der Leistungsfähigkeit kommen bzw. diese schon überschritten haben. Wir als CSU haben dies immer aufgegriffen und mit einer klaren formulierten Schuldenobergrenzen und jedes Jahr Einsparvorschlägen in Millionenhöhe dafür gesorgt, diesen Warnungen gerecht zu werden. Auch beim Personal haben wir darauf gedrängt, dass wir uns bei aller Aufgabenlast begrenzen. Doch schon letztes Jahr hat sich angedeutet, dass wir hier an unsere Grenzen kommen. Diese setzt sich nun fort und nur ein positives Ergebnis in diesem Jahr kann uns eventuell bewahren in einer einmaligen Aktion den Verwaltungshaushalt nicht über die Rücklagen auszugleichen. Wir sind aber weit davon entfernt, dass wir bis zu sechs Millionen vom Verwaltungs- in den Vermögenshaushalt überführen. Doch nicht nur die laufenden Kosten im Verwaltungsbereich machen sorgen. Auch die ausufernde Verschuldung wird so weder mit uns noch mit der Regierung der Oberpfalz zu machen sein.

So wie die Zahlen vorliegen, soll nach einem Vorschlag des Oberbürgermeisters und die Verwaltung die Verschuldung bis 2028 auf über 180 Millionen steigen und sich quasi verdoppeln. Jeder hier im Raum weiß, dass das weder finanziell noch aus Gründen der Genehmigungsfähigkeit geht. Bisher haben viele Haushaltspolitik gemacht nach den Motto, das wird schon wern. Aber so wird's nicht mehr wern. Und ein Haushalt sollte aber Klarheit und Wahrheit beinhalten. Oder anders formuliert, muss der Haushalt sein, wie ein Arzt, der eine Diagnose stellt, die nichts verschönern, aber auch nichts verheimlichen soll. Zu sagen, wir bauen das Feuerwehrhaus, aber keine Finanzierung vorzulegen, entspricht dem nicht. Zu sagen, wir bauen eine Realschule bei einer Ausgangssituation von 60 Millionen Kosten und 80 Prozent Förderung und aktuell von 71 Millionen kosten und 55% förderfähige Kosten, entspricht dem nicht. Projekte in den Finanzplan einzustellen, von denen der Stadtrat noch nicht einmal etwas weiß, entspricht dem nicht. Die Schuldenkurve 2028 zu beenden, wohlwissend, dass nach aktuellem Stand die Verschuldung ohne neue Projekte auch 2029 und 2030 dramatisch weitersteigt, entspricht dem nicht. Doch braucht es nicht nur Klarheit und Wahrheit. Sondern vor allem braucht es in solchen Situationen, in Situationen der Unklarheit, der Krise, der Transformation braucht es FÜHRUNG.

Dementsprechend waren wir darauf vorbereitet, dass natürlich auch vom Oberbürgermeister klare Signale kommen, wohin die Reise gehen soll. Dass vom Oberbürgermeister klare Vorschläge kommen, wie wir diese Themen lösen können. Dass vom Oberbürgermeister ein Weg aufgezeigt wird, wie wir dies alles meistern sollen.

Ein Blick in das Haushaltsbegleitschreiben und die Veröffentlichungen lässt einen aber ratlos zurück. Denn wird eher die Aufgabe an den Stadtrat zurückgespielt. Gerade die SPD sagt dann immer, ja Ihr macht doch einen Vorschlag. Das ist dieselbe SPD, die vor 2007 immer und beständig vom Oberbürgermeister diese Vorschläge eingefordert hat. Wir übernehmen wieder, wie in den letzten Haushaltsberatungen diese Rolle



und werden Vorschläge einbringen. Jedoch ist für uns auch klar, dass der Oberbürgermeister und die Verwaltung auch sagen muss, wo denn das Geld für die vielen Maßnahmen herkommen soll, wenn sie verkünden, dass diese gemacht werden.

Für uns als CSU gibt es deshalb klare Rahmen für diesen Haushalt:

- Es gilt weiterhin unser Ziel, die 100 Mio. Euro Schuldengrenze für den Haushalt 2020 einzuhalten.
- Wir werden keinen Weg mittragen, der absehbar ins Schuldenchaos führt und die Verschuldung ins unermessliche steigen lässt.
- Wir werden bauliche begonnene Maßnahmen selbstverständlich weiter- und zu Ende führen. Dazu gehört im Wesentlichen die Sanierung der Pestalozzi-Schule.
- Natürlich werden wir gesetzlich notwendige Maßnahmen mittragen, wie den Ausbau der Ganztagschulen.
- Wir werden darüber hinaus Maßnahmen unterstützen, die die Prozesse Digitalisieren und schneller machen.
- Für uns ist unstrittig, die Feuerwehr zu bauen und diese hat Vorrang vor anderen Großprojekten.
- Der ÖPNV und der Stadtbuss soll in dieser Form erhalten und fortgeführt werden.

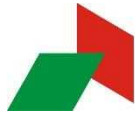
In der Summe bleiben wir dabei, dass wir diesen Haushalt für nicht genehmigungsfähig halten und deshalb auch nicht für beschlussfähig. Aus heutiger Sicht müssten wir den Haushalt ablehnen. Deswegen werden wir diesen Haushalt auch heute nicht beschließen können. Deshalb ist auch der Vorschlag, dass wir nach unseren Beratungen auch den Haushalt wieder in die Verwaltung geben und nochmals an vielen Stellen Einsparungen prüfen lassen. Außerdem wird mit mehr Klarheit über das Jahr 2024 ein Beschluss zum Haushalt leichter.

Im 1. Quartal 2025 sollten wir uns dann nochmals einen Tag nehmen um den Haushalt nochmals durcharbeiten und nicht wie dieses Jahr dann schnell durchwinken. Wir als CSU stehen dazu bereit. Insgesamt stellen uns die Haushaltsberatungen vor große Herausforderungen. Wir als CSU-Fraktion stellen uns aber diesen Herausforderungen und werden weiterhin für Weiden diesen Haushalt zukunftsfit halten und gestalten. Gerne möchte ich abschließend noch das Wort des Dankes sagen. Danke natürlich zunächst an Stefan Rögner mit seinem Team, die uns das Zahlenwerk in intensiver Arbeit vorgelegt haben. Dank gilt auch an die Kolleginnen und Kollegen der anderen Fraktionen für den sehr konstruktiven Dialog gestern und im Vorfeld der Sitzungen. Ein besonderer Dank gilt aber hier und heute den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern der Stadt Weiden, den Einwohnern und den Unternehmen.

StR Richter trug folgende Haushaltsrede vor:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
werte Kolleginnen und Kollegen,

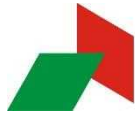
„Jährlich grüßt das Murmeltier.“ Jedes Jahr, wenn wir die Haushaltsberatungen führen, beginnt der Fraktionsvorsitzende der CSU mit einer langen – zum Teil bundespolitischen – Rede und legt dar warum der Haushalt, den der Oberbürgermeister vorlegt, nicht genehmigt werden kann, obwohl die Verwaltung hervorragend vorgearbeitet hat. Dies ist schon der erste Widerspruch in sich. Wenn man sich dann anschaut was getan wird, um diese beschriebene Situation zu verändern, dann wird man sehr schnell ehrlich. Wir waren das ganze Jahr über aufgefordert Vorschläge zu machen, um die Struktur des Haushaltes zu ändern. Wenn ich mir anschau, was im Vorfeld von der CSU gekommen ist, dann ist das schon ganz mager. Und offensichtlich hat die CSU auch unterschiedliche Meinungen. Wenn man von Bgm. Höher in den Stadtratssitzungen hört, „Ein Oberzentrum sollte nicht sparen – bestimmte Dinge gehören zu der Ausstattung eines Oberzentrums“. Deshalb bin ich mir nicht ganz sicher, wo wollen Sie denn überhaupt hin. Sie beklagen immer wieder die hohe Verschuldung, sind aber auf der anderen Seite gar nicht bereit, irgendetwas zu ändern oder entsprechende Vorschläge zu machen. Und ich habe mich auch geärgert, dass Sie die Zeit haben, lustige Memes über den Haushalt zu machen. Das ist keine seriöse Politik. Während andere Fraktionen offensichtlich am Haushalt arbeiten, produzieren Sie Memes für das Internet über den Haushalt. Kollege Dr. Zeitler ist Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses. Seit Jahren schreibt uns der Rechnungsprüfungsausschuss bei der Prüfung des Haushalts hinein, die Stadt Weiden betreibt eine geordnete und sparsame Haushaltspolitik.



Auch das passt nicht zu dem, was Sie vorgetragen haben. Ist es nun ein genehmigungsunfähiger Haushalt, oder ist es eine sparsame, geordnete Haushaltspolitik? Sie schreiben auch in den Rechnungsprüfungsbericht, die Stadt Weiden ist angehalten, Investitionsbalance zu finden. Einerseits den Haushalt sparsam zu halten, aber eben auch zu investieren. Diese Balance führt der Oberbürgermeister. Die Debatte mit der Schuldengrenze kann man offensiv angehen. 100 Mio. € ist eine psychologische Zahl. Entscheidend ist jedoch, ob die Verschuldung den Anforderungen und den Herausforderung der Stadt gerecht wird. Insofern hat der Kollege Bgm. Höher wieder recht. Man müsse schauen, was braucht denn eine Stadt im Wettbewerb. Die Verschuldung allein zu betrachten, wird der Komplexität dieser Aufgabe nicht gerecht. Man muss schauen, was ist die Leistungsfähigkeit der Stadt Weiden und was ist die Attraktivität und was sind externe Faktoren. Ein Beispiel für externe Faktoren sind eben die Kliniken Nordoberpfalz. Diese standen 2019 kurz vor der Insolvenz. Dann hätte man ja mit Ihrer Logik sagen müssen, wir lassen die KNO AG in die Insolvenz laufen, weil wir die Verschuldung nicht über eine bestimmte Grenze heben wollen. Gottseidank hat damals die CSU und auch der Großteil des Stadtrates nicht gemacht, sonst wären wir vor der Pandemie ohne ein funktionierendes Klinikum dagestanden. Das ist eine Situation, da muss Politik handeln. Man kann sich nicht einer willkürlichen Zahl unterwerfen. Wie kommen Sie auf 100 Mio €, warum sind es nicht 90 Mio. €? Man muss schauen, was ist zu tun und daraufhin muss die Politik handeln. Eine Schuldengrenze ist dahingehend verhängnisvoll. Es ist kein Selbstzweck Schulden zu machen, aber die SPD sehe keine bestimmte Zahl. Die entscheidende Zahl, ist wenn überhaupt die, welche die Regierung genehmigt.

Ich glaube das wir trotzdem eine stabile Basis für die Stadt haben. Die Stadt ist nach wie vor stark. Dies sehe man bei den Einnahmen im Hinblick auf die Steuern. Gerade an der Gewerbesteuer sieht man, dass wir seine leistungsfähige Wirtschaft haben. Die Presse hat uns gefragt, wie schwierig die Haushaltsberatungen werden. Die Haushaltsberatungen waren noch nie leicht. Die SPD hat sich in der Vergangenheit, auch unter den damaligen OB Schröpf, immer eingebracht und mitgearbeitet. Nicht wie es aktuell die Mehrheitsfraktion macht. Die CSU ist die stärkste Fraktion. Die CSU müsse bei den Thema mindestens so vorausgehen wie der Oberbürgermeister. Wenn alle zusammenarbeiten kann man einen Haushalt, trotz schwieriger Rahmenbedingungen, aufstellen. Die Rahmenbedingungen könne man nicht wegdiskutieren. Die Bezirksumlage als Beispiel ist um 5 Mio. € gestiegen. Ein Anstieg wie man ihn noch nie hatte. Und auch das wird nicht das Ende sein. Wir werden am Ende bei ca. 20 Mio. € Bezirksumlage liegen. Dies sind zweidrittel der Gewerbesteuer. Die Personalkosten sind deutlich gestiegen um 3 Mio. €. Die Tarifsteigerungen waren aber auch notwendig. Die SPD wird alles dafür tun, das Klinikum zu stützen. Ich habe mich über das Posting der CSU über die Bedeutung der Pestalozzischule geärgert. Bezüglich der Pestalozzischule gab es eine Kampfabstimmung, wie diese finanziert werden soll. Die CSU forderte damals einen Kostendeckel für die Pestalozzischule. Die Mehrheit des Stadtrates hatte sich damals durchgesetzt und gesagt, dass dies völlig unrealistisch ist. Hätte man den Kostendeckel der CSU beschlossen, hätte man jetzt eine Bauruine. Ich bin gespannt ob nach den großen Worten jetzt auch endlich Taten folgen.

Der vom OB vorgelegter Haushalt, ist ein schwieriger Haushalt. Jedoch ist wichtig, dass wir einen Haushalt zusammenbekommen, den wir verabschieden können. Es sind durchaus Deckungsmöglichkeiten vorhanden. Es ist natürlich die Rücklagenentnahme, das aus meiner Sicht auch nichts Verwerfliches ist. Das Geld ist da, dass man es für schlechte Zeiten nutzen kann. Es besteht vielleicht tatsächlich die Möglichkeit aus dem Haushalt 2024 wieder einen Überschuss zu erzielen. Deswegen steht auch nichts dagegen, den Haushalt erst wieder im Januar final zu verabschieden. Wir haben auch 25 Mio. € Kreditermächtigungen aus den Vorjahren, welche bis jetzt noch nicht gezogen wurden. Auch das zeigt, dass wir sparsam waren. Auch die stehen zur Verfügung. Ich denke, dass die Verwaltung – vor allen Dingen die Kämmerei – gute Arbeit gemacht hat. Wir sind in dieser Stadt finanzpolitisch extrem gut aufgestellt und wissen, dass wir uns auf die Kämmerei und auch auf die anderen Dezernate verlassen können. Wir werden die Rücklagen vermutlich aufbrauchen, wir werden in eine Netto-Neuverschuldung gehen. Aber ich habe bis jetzt auch noch keinen anderen Vorschlag gehört, wie es denn zu lösen ist. Positiv zu erwähnen ist, der Vorschlag vom Oberbürgermeister, in den Budgets jeweils 5 % einzusparen. Auch dazu gab es im Vorfeld die ein oder andere kritische Stimme. Ich glaube das der Haushalt, im Sinne von Investitionsbalance, den richtigen Schwerpunkt setzt. Nämlich bei der Bildung, den Schulen und auch im Bereich der Ganztagsbetreuung. Diese Ganztagsbetreuung ist ein Wunsch von den höheren politischen Ebenen, welche die Kommunen finanzieren müssen. Dies machen wir aber gerne, weil eine gute Ganztagsbetreuung heutzutage ein absoluter Standardfaktor ist. Wir haben auch nochmal Geld eingeplant für die Kliniken Nordoberpfalz AG. Vielleicht brauchen wir es nicht in diesen Umfang, aber für den Fall der Fälle sollten wir das Geld zur Verfügung stellen. Wir wissen noch nicht genau, was die Verabschiedung des Krankenhausgesetzes tatsächlich bringt. Wir sehen im



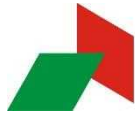
Rechnungsprüfungsbericht immer, dass die Netto-Zinsbelastung der Stadt Weiden noch immer gut ist. Für uns als SPD-Fraktion gilt eine Kontinuität von Investitionen. Durch die Investitionen wollen wir die regionale Wirtschaft stärken. Investitionsschwerpunkte sind bei uns eigentlich deckungsgleich. Bildung ist das wichtigste – die beiden angesprochenen Schulen müssen nun gemacht werden, genauso wie die Ganztagsbetreuung. Wir sind zudem bereit im Bereich der Defizitbetriebe und defizitären Veranstaltungen etwas zu ändern. Der Hinweis der Kämmerei, dass wir im Bereich der freiwilligen Leistungen zu hoch sind, darf nicht verhallen. Und ich bin der festen Überzeugung, auch wenn wir da sparen, haben wir noch immer ein tolles Angebot im Bereich Sport, Kultur, Freizeit. Unser Ziel ist ganz klar, wir wollen die Lücke im Vermögenshaushalt weiter schließen. Wir haben auch Einsparungen im Bereich Straßenunterhalt und Instandsetzungsmaßnahmen. Auch hierzu müsste man investieren, aber irgendwo müsse man anfangen, Dinge zu schieben. Weiterhin bin ich der Meinung, wir können durchaus die Einnahmen steigern. Im Verwaltungshaushalt gibt es aus unserer Sicht ebenfalls noch Einsparpotentiale. Auch dort können wir in bestimmten Bereichen die Einnahmen steigern, z. B. beim Luftlandeplatz Latsch. Für uns ist wichtig, dass wir eine gute Haushaltssatzung haben und nicht jede einzelne kleine Haushaltsstelle zu Tode diskutieren. Am Ende möchte ich frei nach Churchill schließen. Dieser sagte einst „Wenn du durch eine Krise gehst... geh weiter“. Deshalb, gemeinsamen Verantwortung übernehmen. Weiden geht durch diese Krise und sicher darüber hinaus. Vielen Dank.

StRin Helgath trug folgende Haushaltsrede vor:

Jahr für Jahr ist der Haushalt der Stadt ein in zahlengegossener Wille des Stadtrats - eine demokratische Mehrheit. Die Kollegen haben die gesamte Wirtschaftslage bereits beleuchtet. Ganz hart treffen uns die enormen Energiepreise. Die Fraktion Die Basis wird dieses Jahr dem Haushalt zustimmen. Es sind viele Sachen enthalten, welche für Die Basis wichtig seien, wie z. B. Schulen, Instandsetzung Infrastruktur, Kultur. Den ÖPNV müsse man diskutieren. Wir wollen keinesfalls einen abgespeckten ÖPNV. Die hohen Schulden stammen auch von der nichtvorhandenen Unterstützung für das Klinikum. Positiv kann man daraus ziehen, dass es vielleicht schneller den Weg frei macht, für einen Großlandkreis. Für eine Friedenspartei wie Die Basis kann man mittlerweile für allesmögliche Schulden machen, Hauptsache nicht für den Krieg. Der Schwerpunkt der städtischen Arbeit ist, die Stadt Klimafest zu machen. Mehr Grün in der Stadt senkt die Temperatur. Vielen Dank für Eure Aufmerksamkeit und herzlichen Dank an das Team der Stadtkämmerei.

Bgm. Wildenauer trug folgende Haushaltsrede vor:

Zunächst herzlichen Dank an die Kämmerei für die Vorplanungen und die Darstellung der aktuellen Situation. Die Beratungen werden es zeigen, wo noch Einsparmöglichkeiten sowohl bei den Dezernaten als auch bei den freiwilligen Leistungen möglich sind. Größere Vorhaben sowohl im Sanierungsstau als auch bei Hochbau werden nicht möglich sein. Für uns als politische Vertreter/innen ergibt sich leider in jedem Jahr der Haushaltsberatungen eine Gratwanderung: Erwartungen der Bürger/innen zu unseren begrenzten finanziellen Möglichkeiten. Aktueller Schuldenstand ca. 96 Mio. €. Trotzdem müssen wir positiv nach vorn schauen. Sowohl bei den Pflichtaufgaben als auch bei den freiwilligen Leistungen kommt immer wieder vieles auf den Prüfstand und muss hinterfragt werden. Bildung, Digitalisierung, Ausbau und Unterhalt IT-Ausstattung sowohl in den Schulen als auch in der Verwaltung, dazu Ausbau bei Bereitstellung der Ganztagschulen – die zwingend ansteht. Leider können wir als Kommune die Pflichtaufgaben – bei Einnahmen und Ausgaben – nur bedingt steuern. Sowohl die Gewerbesteuer und die Einnahmen der Einkommensteuer sind erfreulich, da wird sich aber in den nächsten Jahren weiter nicht viel bewegen, schön wäre es diese Einnahmen wenigstens beibehalten zu können. Leider steht nach dem „Aus“ des Bürgerentscheids kein sofort verfügbares, vernünftiges Gewerbegebiet zur Verfügung. Der verabschiedete Flächennutzungsplan gibt uns einige geringe Möglichkeiten vor im Hinblick auf Bau- und kleinere Gewerbegebiete. Bei den Kliniken AG werden sich weitere Zuschusszahlungen nicht verhindern lassen. Die Krankenhausreform wird sich erst in einigen Jahren bemerkbar machen – aber der Anfang ist gemacht. Im Kern soll die vor Jahren eingeführte Fallpauschale geändert werden. Dies ist schon mal ein guter Schritt. Künftig sollen die Kliniken 60% der Vergütung bereits für das Vorhalten bestimmter Angebote bekommen.



Das soll Anreize zu immer mehr Fällen und medizinisch nicht optimalen Eingriffen beseitigen. Der Realschulneubau ist voll im Plan mit der Vergabeausschreibung – eine gute wichtige Entscheidung nach vielen Jahren. Die Weiterentwicklung des SV-Geländes muss jetzt endlich Priorität haben, damit die dafür bezahlte Ablöse hoffentlich Wirkung zeigt. TB-Gelände mit Investoren voranbringen, damit auch hier die bisherigen Kosten hoffentlich sich irgendwann positiv im Haushalt darstellen. Leistungen bzw. Zuschüsse zur Unterstützung der Vereine und Verbände, sie stehen für integrierte Jugendarbeit und leisten eine wichtige soziale Aufgabe. Hier wird echte Integrationsarbeit geleistet. Leistungen für die Kultur, der Heimatpflege und in der Kunst sind wichtige Faktoren für Zuzug, Verbleib der Familien, dadurch auch Anreiz für Dienstleistungs- und Gewerbebetriebe. Großes Dankeschön gilt unseren vielen Ehrenamtlich tätigen Bürgerinnen und Bürgern die sich mit viel Engagement und Eigeninitiative täglich für die Belange der Vereine, Verbände und Investitionen einsetzen. Bei Kürzungen von freiwilligen Leistungen sollten wir gezielt vorgehen – es muss aber auf den Prüfstand. Betriebs- und Instandsetzungspauschale für Sportvereine sind äußerst wichtig – insbesondere bei Vereinen die nicht städtisch sind – dadurch werden auch Aufträge an örtliche Firmen vergeben. Bei Grundsteuer, wenn möglich, müsse man einen aufkommensneutralen Hebesatz festlegen. Der Staat holt sich von jedem Steuerzahler einschließlich der Sozialleistungen bis zu 54 Cent von jedem verdienten Euro. Ein Fragezeichen sind derzeit die auf uns zukommenden ÖPNV-Kosten. Der Verwaltungshaushalt schließt mit einem Minus von 7,8 Mio. € - Folge durch die erhöhte Bezirksumlage mit plus 5 Mio. € und ein starker Rückgang der Schlüsselzuweisungen mit minus 3,5 Mio. €. Gezielte und wirklich sinngebende Einsparungen bzw. Einnahmeerhöhungen werden einen kleinen Teil des Defizits ausgleichen. Eine Entnahme aus der Rücklage ist erforderlich. Ein ausgeglichener Haushalt wäre ein starkes Ergebnis – wahrscheinlich nur mit Maßnahmen, die uns allen Schmerzen bereiten. Leider ist die Finanzlage im Vermögenshaushalt bedrückend. Gerade hier in unserer Stadt vieles umzusetzen. Hier gilt eine gezielte Priorisierung in den nächsten Jahren. Durch die Bundes- und Landesgesetzgeber werden den Kommunen immer mehr Pflichtaufgaben mit steigenden Standards auferlegt, ohne dabei für den notwendigen Finanzierungsausgleich zu sorgen. Eine umfassende Strukturdebatte über die Finanzen der Kommunen ist unumgänglich.

Beispiel: 2022 hat die Stadt München allein an Steuern und Abgaben rund 5,5 Mrd. €, insgesamt über 8,5 Mrd. € Einnahmen erzielt. Dem stehen Ausgaben von rund 8,4 Mrd. € gegenüber. Bedeutet, ein Plus von ca. 100 Mio. €.

Allerdings hat München per 31.12.2023 aber auch 3 Mrd. € Schulden – ohne die Verbindlichkeiten der städt. Beteiligungen. Der Personalstand hat sich in den letzten Jahren verdoppelt. Die Finanzlage vieler Kommunen ist äußerst kritisch. Steigende Personalkosten, steigende Sozialausgaben, dazu mehr Investitionsbedarf. Die Belastungsgrenzen nehmen leider weiter zu.

Bund und Land entlasten ihre Haushalte, setzen aber dafür die Kommunen praktisch als Ausfallbürgen ein. Das beste Beispiel: die Krankenhausfinanzierung. Am Ende muss die Stadt einspringen um die Klinik vor Ort zu retten. Städte brauchen mehr finanzielle Mittel über die sie, neben den Pflichtaufgaben, frei verfügen können. Deshalb sollten die Kommunen einen höheren Anteil an den Steuereinnahmen, Einkommensteuer und Mehrwertsteuer bekommen.

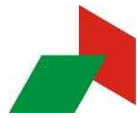
Abschließend müsse man eine Priorisierung bei den Investitionen vornehmen. Die Erschließung des SV-Geländes muss angegangen werden. Unterstützung des Schätzlertbades ist gesetzt. Unterhalt für Straßen-Geh-und-Radwege sind wichtig. Danke an die Mitarbeiter der Stadtkämmerei, die gesamte Verwaltung und die Dezernenten.

StR Bärnklaus trug folgende Haushaltsrede vor:

*Sehr geehrte Damen und Herren,
zuerst einmal danke ich dem Gremium, dass ich den Haushalt mit beraten kann, obwohl wir nicht mehr stimmberechtigt im Finanzausschuss vertreten sind. Danke an alle MitarbeiterInnen der Verwaltung, welche direkt oder indirekt an der Erstellung der Haushalts-Unterlagen beteiligt waren – insbesondere jenen der Kämmerei.*

Die Haushaltslage ist schwierig. Es ist abzusehen, dass die kommenden Jahre noch herausfordernder werden. Durch die unterschiedlichen Sichtweisen und Schwerpunktbildung der Fraktionen werden die verschiedensten Facetten beleuchtet. Wir hoffen dadurch, die bestmöglichen Lösungen für unsere Stadt zu finden. Leider muss alles auf den Prüfstand.

Unter den gegebenen Randbedingungen setzen wir uns besonders für Bildung, Jugend- und Sozialarbeit sowie das Ehrenamt ein. Bei der Fahnen-Hissung und dem Orange-Walk vorgestern wurde massiver



Handlungsbedarf zu Prävention und Nachsorge bei häuslicher Gewalt an Frauen erschreckend deutlich. Ich hoffe, dass die dort anwesenden Stadträte ihre Fraktionen entsprechend informiert haben. Auch, wenn der Standortfaktor Kultur vom Ergebnis her monetär nicht zu fassen ist, muss er doch als Erfolgsfaktor für unsere Stadt in angemessener Form erhalten werden. Land und Bund übertragen Aufgaben und finanzieren diese nur anteilig. Das führt nicht nur in Weiden zu immer höheren Belastungen. Eine Entlastung der kommunalen Finanzen ist zwingend erforderlich. Kommunen müssen nachhaltig gestärkt und fit für die Zukunft gemacht werden. Das sollte auch auf Landesebene in den Fokus genommen werden (z.B. bei einem Nachtragshaushalt). Eine Führungskraft eines erfolgreichen international tätigen Unternehmens sagte einmal sinngemäß: Im Unternehmen gibt es immer mehr Aufgaben als Ressourcen zu deren Erledigung - Managen heißt, den Mangel zu verwalten; also, zu priorisieren. Wir arbeiten daran. Danke für ihre Aufmerksamkeit.

1 Grundsteuerreform 2025 – Festsetzung der Hebesätze für die Grundsteuer ab dem Haushaltsjahr 2025

Allgemeines zur Grundsteuerreform:

Wer Eigentum besitzt, muss in Deutschland eine Realsteuer, die Grundsteuer, an die Kommunen entrichten. Unterschieden wird zwischen Grundsteuer A für land- und forstwirtschaftlich genutzte Grundstücke und Grundsteuer B für bebaute oder bebaubare Grundstücke.

Die Grundsteuer wurde bisher wie folgt ermittelt und festgesetzt:

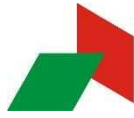
- Die Finanzämter stellten einen sog. Einheitswert fest, der als Grundlage für die weitere Berechnung der Grundsteuer diente.
- Der Einheitswert wurde anschließend mit einer Steuermesszahl multipliziert, um den Steuermessbetrag zu erhalten.
- Durch Anwendung des Hebesatzes der jeweiligen Gemeinde auf diesen Steuermessbetrag ergab sich dann die festzusetzende Grundsteuer.

Das Bundesverfassungsgericht hat nun mit Urteil vom 10.04.2018 entschieden, dass die Grundlage für die Grundsteuer, die Einheitsbewertung, soweit sie bebaute Grundstücke außerhalb des Bereichs der Land- und Forstwirtschaft betreffen, jedenfalls seit dem 1. Januar 2002 verfassungswidrig ist.

Grund ist der, dass die Finanzämter die bisherigen Einheitswerte entgegen der Gesetzesvorschrift nicht alle 6 Jahre neu festgestellt haben (Hauptfeststellung), sondern die Grundlage für die Grundsteuer völlig veraltete Werte bilden. So wurde in den alten Bundesländern letztmalig auf den 01.01.1964 und in den neuen Bundesländern auf den 01.01.1935 eine Feststellung durchgeführt.

Aufgrund dieses Urteils wurde dem Gesetzgeber auferlegt eine Neuregelung dieser Einheitsbewertung bis zum 31. Dezember 2019 zu schaffen. Zur Vereinfachung des Besteuerungsverfahrens darf nach Verkündung einer Neuregelung das bisherige Bewertungsverfahren der Einheitsbewertung für weitere fünf Jahre, längstens aber bis zum 31. Dezember 2024, angewandt werden.

Der Gesetzgeber hat ein neues Verfahren erarbeitet und am 08.11.2019 der Reform abschließend und fristgerecht, d. h. vor Ablauf des 31.12.2019, zugestimmt.



Länderöffnungsklausel - wertunabhängiges Berechnungsmodell

Auf Initiative des Bundesland Bayerns können sich die Bundesländer anstelle des wertabhängigen Modells auch dafür entscheiden, die Grundsteuer nach einem „wertunabhängigen Modell“ zu berechnen, das sich im Grundsatz lediglich an der Fläche orientiert.

Der Wert des Grundstücks, seine Lage, das Alter oder der Zustand des Gebäudes spielen für die Bewertung hier keine Rolle.

Vielmehr sieht das Bayerische Grundsteuergesetz feste, sogenannte Äquivalenzzahlen vor.

Diese betragen

- für das Grundstück 0,04 Euro/qm
- für Wohngebäudeflächen 0,35 Euro/qm
- für Flächen der Nichtwohngrundstücke 0,50 Euro/qm

Die Grundsteuermesszahl beträgt sowohl für den Grund und Boden als auch für Gebäudeflächen grundsätzlich 100 %.

Handelt es sich um Wohnflächen, liegt für diese die Grundsteuermesszahl bei 70 %.

Bewertung der Land- und Forstwirtschaft

Die Besteuerung der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe erfolgt künftig durch eine standardisierte Bewertung der Flächen und der Hofstellen mittels einer weitgehenden Automation des Bewertungs- und Besteuerungsverfahrens.

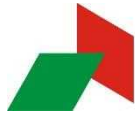
Die Bewertung der einzelnen land- und forstwirtschaftlichen Nutzungen (Sollertrag des Grundes und Bodens sowie der stehenden und umlaufenden Betriebsmittel) und der Hofstelle einer wirtschaftlichen Einheit erfolgt dabei auf Basis eines typisierenden durchschnittlichen Ertragswertverfahrens.

Die unterschiedlichen land- und forstwirtschaftlichen Nutzungsformen (landwirtschaftlich, forstwirtschaftlich, weinbaulich, gärtnerisch) werden Bewertungsfaktoren zugeordnet, die den durchschnittlichen Ertrag je Flächeneinheit widerspiegeln.

Die jeweilige Grundstücksfläche der jeweiligen Nutzung wird mit dem Bewertungsfaktor multipliziert, sodass sich der Reinertrag der individuell genutzten land- und forstwirtschaftlichen Fläche ergibt. Die Summe aus allen Reinerträgen der jeweiligen Nutzungen wird anschließend kapitalisiert und ergibt den Grundsteuerwert.

Gebäude oder Gebäudeteile, die innerhalb land- und forstwirtschaftlich genutzter Hofstellen

- Wohnzwecken oder
- anderen als land- und forstwirtschaftlichen Zwecken dienen,



werden dem Grundvermögen zugerechnet (§ 232 Abs. 4 Nr. 1 BewG).

Festsetzung der Hebesätze für die Grundsteuer A und B ab 01.01.2025:

Die Grundsteuerreform wird mit der Hebesatzfestlegung für das Jahr 2025 voraussichtlich noch nicht abgeschlossen sein. Es ist davon auszugehen, dass es in den Folgejahren noch zu reformbedingten Anpassungen bei den Messbetragsdaten kommen wird und dies zu nochmaligen Hebesatzanpassungen führen kann.

Grundlage für die Neufestlegung bzw. der Höhe der Grundsteuerhebesätze sind die vom Finanzamt Weiden i.d.OPf. mitgeteilten Grundsteuermessbeträge. Da der Stadt Weiden i.d.OPf. zum Zeitpunkt der Hebesatzfestlegung noch nicht alle Grundsteuermessbeträge bereitgestellt wurden, ist der jeweilige Hebesatz auf Basis der vorhandenen Messbetragsdaten und mit Hilfe einer Schätzung der ausstehenden Messbetragsdaten zu bestimmen.

Die Zielgenauigkeit der Hebesätze lässt sich voraussichtlich aber erst in den Folgejahren feststellen. Etwaige geringfügige Abweichungen zu Gunsten des Grundsteueraufkommens widersprechen dabei nicht dem Ziel der Aufkommensneutralität. Es kann bei der Aufkommensneutralität keine absolute Genauigkeit geben.

Die Überprüfung und der Vergleich der Datensätze haben teilweise erhebliche Abweichungen, beim Grundvermögen, zwischen altem und neuem Recht ergeben. Diese Abweichungen sind teils dem geänderten Recht, teils falsch ausgefüllten Erklärungen geschuldet. Die Stadt Weiden i.d.OPf. ist an die Grundlagenbescheide gebunden und Änderungen können nur beim Finanzamt Weiden i.d.OPf. beantragt werden.

Es ist zu erwarten, dass nach dem Versand der endgültigen Grundsteuerbescheide zahlreiche Änderungsanträge eingehen werden. Diese Änderungen könnten die aktuellen Zahlen nochmals stark beeinflussen, weshalb eine sichere und präzise Berechnung des Hebesatzes derzeit nur schwer und ungenau möglich ist.

Für das Veranlagungsjahr 2025 wurden bislang insgesamt 18.554 Steuerfälle verarbeitet; hiervon 757 Datensätze für die Grundsteuer A und 17.797 Datensätze für die Grundsteuer B.

Nach Rücksprache mit dem Finanzamt Weiden i.d.OPf. ist davon auszugehen, dass aktuell ca. 4.000 Fälle noch nicht bearbeitet worden sind und die Bearbeitung voraussichtlich noch ca. 6 Monate in Anspruch nehmen wird.

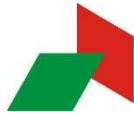
Bei den aktuell geltenden Hebesätzen errechnen sich für das Jahr 2025 bei den oben genannten Datensätzen folgende Jahres-Soll-Werte:

Grundsteuer A:

Messbetragsvolumen 17.950,00 € x Hebesatz 320 v. H. = 57.440,00 €

Grundsteuer B:

Messbetragsvolumen 1.926.043,00 € x Hebesatz 400 v. H. = 7.704.172,00 €



Diese geplanten Jahressollwerte beziffern den aktuellen Stand, welche Hintergrund für die bereits verarbeiteten Daten für das Jahr 2025 sind.

Ausgangsbasis sind die bisherigen Planwerte der Grundsteuer A in Höhe von 51.000,00 € und der Grundsteuer B in Höhe von 7.500.000,00 €.

Im Hinblick auf etwaige Unwägbarkeiten und eventuellen Berichtigungen im Jahr 2025 wird empfohlen, die Hebesätze für die Grundsteuer A von 320 v. H. und Grundsteuer B von 400 v. H. zu belassen.

Nach Vorlage weiterer Datensätze und möglicher Korrekturen ist eine weitere Anpassung jederzeit möglich.

Die unter § 2 der Grundsteuer-Hebesatzsatzung definierten Hebesätze müssen zum 01.01.2025 in Kraft treten, um eine rechtliche Grundlage für die Steuererhebung zu schaffen.

Personelle Auswirkungen (Stellenminderungen / -mehrungen):

Keine personellen Auswirkungen.

Finanzielle Auswirkungen:

Keine finanziellen Auswirkungen.

Empfehlung an den Stadtrat:

Die Hebesätze für die Grundsteuer werden ab dem 01.01.2025 wie folgt festgesetzt:

Grundsteuer A:	320 v. H.
Grundsteuer B:	400 v. H.

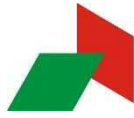
Die als Anlage beigefügte Satzung über die Erhebung der Grundsteuer (Hebesatzsatzung) wird dann zum Beschluss erhoben.

Beschlusnummer: 89

Abstimmungsergebnis: Ja: 9 Nein: 1

2 Haushaltssatzung der Stadt Weiden i.d.OPf. für das Haushaltsjahr 2025

Die Haushaltssatzung der Stadt Weiden i.d.OPf. für das Haushaltsjahr 2025 ist durch den Finanz-, Vergabe-, Grundstücks- und Sanierungsausschuss zu beraten und den Stadtrat der Stadt Weiden i.d.OPf. zu beschließen.



Für die im Beschlussvorschlag formulierte Satzung (Entwurf noch ohne Haushaltszahlen) ist zu beachten, dass die Hebesätze für die Grundsteuer A und B, wenn diese aufgrund der Grundsteuerreform von den Hebesätzen der Haushaltssatzung 2024 abweichen sollen, **nicht** in der Haushaltssatzung 2025, sondern in einer eigenen Hebesatzsatzung festgesetzt werden müssen, die noch in diesem Haushaltsjahr 2024 erlassen und zum 01.01.2025 bekanntgemacht werden muss. In diesem Fall entfallen in der Haushaltssatzung 2025 die Angaben zu den Hebesätzen für die Grundsteuer A und B. Im Entwurf sind diese nur der Vollständigkeit halber noch enthalten.

Es begannen die Beratungen über die Einzelhaushaltspläne des Verwaltungshaushaltes. Die Verwaltung sowie die Fraktionsmitglieder stellten ihre Vorschläge vor. Bei einigen kontroversen Meinungen zu den einzelnen Haushaltsstellen wurde wie folgt abgestimmt:

02600.65530 – Marketingkonzept Stadt Weiden

Der Ansatz wird auf 5.000 € reduziert.

Abstimmungsergebnis: Ja: 10 Nein: 0

03400.26100 – Nachforderungszinsen gem. § 233a AO

Der Ansatz wird auf 70.000 € erhöht.

Abstimmungsergebnis: Ja: 10 Nein: 0

06100.54300 – Stromkosten Neues Rathaus

Der Ansatz wird auf 130.000 € reduziert.

Abstimmungsergebnis: Ja: 10 Nein: 0

08200.46030 – Gesundheitsmanagement (Mitarbeiter-Obsttag)

Der Ansatz wird auf 13.000 € reduziert.

Abstimmungsergebnis: Ja: 10 Nein: 0

02400.65540 – Kosten für Gutachten und Beratung (Strat., gesellsch. Stadtentwicklung)

Der Ansatz wird auf 10.000 € reduziert.

Abstimmungsergebnis: Ja: 10 Nein: 0

11010.66100 – Mitgliedsbeiträge (Klimabündnis, Klimaschutzfonds Metropolregion)

Der Ansatz wird auf 1.000 € reduziert.

Abstimmungsergebnis: Ja: 10 Nein: 0

(OB Meyer ging)

11100.10000 – Verwaltungsgebühren KFZ-Zulassung

Der Ansatz wird auf 700.000 € erhöht.

Abstimmungsergebnis: Ja: 9 Nein: 0

11100.10100 – KFZ-Gebühren Führerscheine



Der Ansatz wird auf 125.000 € erhöht.

Abstimmungsergebnis: Ja: 9 Nein: 0

(OB Meyer kam)

11200.10000 – Verwaltungsgebühren Einwohnermelde- und Passamt

Der Ansatz wird auf 400.000 € erhöht.

Abstimmungsergebnis: Ja: 10 Nein: 0

(Bgm. Wildenauer ging)

13000.50001 – Einzelsanierungsmaßnahmen (Fassadensanierung Feuerwehr Muglhof)

Der Ansatz wird auf 60.000 € reduziert.

Im Finanzplan werden für die Folgejahre jeweils 30.000 € angesetzt.

Abstimmungsergebnis: Ja: 9 Nein: 0

(Bgm. Wildenauer kam)

13000.11200 – Entgelte für ausgef. Arbeiten (Feuerwehreinsätze)

Der Ansatz wird auf 110.000 € erhöht.

Abstimmungsergebnis: Ja: 10 Nein: 0

13000.11221 – Entgelt für ausgef. Arbeiten (Atemschutzpflegestelle)

Der Ansatz wird auf 110.000 € erhöht.

Abstimmungsergebnis: Ja: 10 Nein: 0

14000.65520 – Planungskosten Blackout-Konzept

Der Ansatz wird für 2025 auf 150.000 € reduziert. Für 2026 sollen dann die restlichen 15.000 € angesetzt werden.

Abstimmungsergebnis: Ja: 10 Nein: 0

Pause Anfang: 12:15 Uhr

Pause Ende: 13:02 Uhr

31010.11001 – Benutzungsgebühren – Einzahlung bei Regionalbibliothek

Der Ansatz wird auf 15.000 € erhöht.

Abstimmungsergebnis: Ja: 9 Nein: 1

33100.70010 – Zuschuss LTO

Der Ansatz von 96.000 € soll bestehen bleiben.

Abstimmungsergebnis: Ja: 10 Nein: 0

33100.70000 – Zuschuss Kulturbühne



Der Ansatz wird auf 20.000 € reduziert.

Abstimmungsergebnis: Ja: 10 Nein: 0

33200.70010 – Zuschuss Sündikat

Der Ansatz wird auf 30.000 € reduziert.

Abstimmungsergebnis: Ja: 10 Nein: 0

(StR Pausch ging)

30000.61110 – Förderung Städtepartnerschaft

Der Ansatz wird auf 50.000 € reduziert.

Abstimmungsergebnis: Ja: 9 Nein: 0

(StR Pausch kam)

33210.11000 – Entgelte aus Weidener Max-Reger-Tage

Der Ansatz wird auf 10.000 € erhöht.

Abstimmungsergebnis: Ja: 9 Nein: 1

34010.70020 – Zuschuss an den Heimatkreis Tachau

Der Ansatz wird auf 5.000 € reduziert.

Abstimmungsergebnis: Ja: 10 Nein: 0

(OB Meyer ging)

34100.14000 – Mieten und Pachten Frühlingsfest

Der Ansatz wird auf 65.000 € erhöht.

Abstimmungsergebnis: Ja: 9 Nein: 0

40000.71700 – Zuschuss „Fahrschein statt Führerschein“

Der Ansatz ist bei 0 € zu belassen.

Abstimmungsergebnis: Ja: 8 Nein: 1

43500.52000 – Anschaffung u. Unterhaltung Bürogegenstände u. Zimmerausstattung

Der Ansatz der Folgejahre wird auf 15.000 € reduziert.

Abstimmungsergebnis: Ja: 9 Nein: 0

(OB Meyer kam)

33200.60210 – Ausgaben Sommerserenaden

Der Ansatz der Folgejahre wird auf 32.500 € reduziert.

Abstimmungsergebnis: Ja: 10 Nein: 0

Pause Anfang: 14:58 Uhr

Pause Ende: 15:11 Uhr



Zwischenzeitlich wurde der TOP „Zuschuss Schätzlerbad“ beraten.

9 Antrag des Schwimmvereins Weiden 1921 e.V. zur Anpassung des bisherigen Zuschusses zum Betrieb des Freizeitzentrums Schätzlerbads

Die Vorstandschaft des Schwimmvereins Weiden 1921 e.V. ist auf die Stadt Weiden i.d.OPf. bezüglich einer Anpassung des Zuschusses zum Betrieb des Freizeitzentrums Schätzlerbads zugekommen.

Aufgrund der Folgen der verschiedenen Krisen der letzten Jahre und der starken Inflation im Jahr 2023 und noch anfangs 2024 wurde auch der Betrieb des Schätzlerbads ähnlich zur Stadt von hohen Preis- und Kostensteigerungen getroffen.

Bisher konnten diese durch das Ausschöpfen der Kontokorrentlinie aufgefangen werden. Allerdings verharren die Betriebskosten aktuell auf hohem Niveau und das prognostizierte Jahresdefizit von voraussichtlich ca. 130.000,00 € kann nicht mehr gedeckt werden. Zunächst ging man von einem Defizit zum Jahresende in Höhe von ca. 200.000,00 € aus. Allerdings konnte dies durch den guten Sommerendspurt und den damit verbundenen deutlich höheren Besucherzahlen zumindest teilweise aufgefangen werden.

Zum Ausgleich des Jahresfehlbetrags beantragt der Schwimmverein eine nachträgliche Erhöhung des Zuschusses für 2024 um 45.000,00 € und die Folgejahre. Ergänzend wird die vorschussweise Auszahlung rechnerische Erhöhung des Betriebskostenzuschusses in Höhe von 45.000,00 € zuzüglich der zweiprozentigen Erhöhung des Betriebskostenzuschusses in Höhe von 16.054,05 € beantragt. Die Auszahlung des Gesamtbetrages in Höhe von 106.054,05 € würde noch im Jahr 2024 erfolgen.

Die Gewährung des Vorschusses würde eine überplanmäßige Ausgabe bei der HH-Stelle 55000.70120 darstellen.

Die Auszahlung könnte durch Einsparungen bei der HH-Stelle 91000.80700 gedeckt werden. Seitens der Verwaltung wird vorgeschlagen die vom Schwimmverein beantragte Anhebung für 2024 und 2025 zuzüglich der jährlichen Anpassung zur Vermeidung der Zahlungsunfähigkeit als Vorschuss zu gewähren.

Ob die dauerhafte Erhöhung des Betriebskostenzuschusses in Höhe von 45.000,00 € für die Jahre 2026 beibehalten wird, sollte im Anschluss an die Badesaison 2025 entschieden werden. Der Schwimmverein hat bereits angekündigt, dass die Eintrittspreise überarbeitet werden. Zudem sind die Entwicklungen bei den Energiepreisen usw. zu berücksichtigen. Diese Entwicklungen sollten bei der Findung der weiteren Erhöhung berücksichtigt werden.

Personelle Auswirkungen (Stellenminderungen / -mehrungen):

Keine personellen Auswirkungen.

Finanzielle Auswirkungen:

Mehrausgaben in Höhe von 106.054,05 € bei der HH-Stelle 55000.70120, gedeckt durch Einsparungen bei der HH-Stelle 91000.80070. Entlastung des Verwaltungshaushalts 2025 bei der HH-Stelle 55000.70120, da der Ansatz für 2025 mit dem Betriebskostenzuschuss 2024 in Höhe von 757.702,52 € fortgeschrieben werden kann.



Beschluss:

Dem Schwimmverein Weiden 1921 e.V. wird im Rahmen einer überplanmäßigen Ausgabe in Höhe von 106.054,05 € bei der HH-Stelle 55000.70120 ein einmaliger Zuschuss zur Reduzierung des Betriebskostendefizits gewährt. Die Deckung erfolgt über Einsparungen bei der HH-Stelle 91000.80700. Der Vorschuss setzt sich aus einer einmaligen Erhöhung des bisherigen Betriebskostenzuschusses in Höhe von 45.000,00 € für die Jahre 2024 und 2025 (insgesamt 90.000,00 €) und die anschließende regelmäßige zweiprozentige Anpassung des Zuschusses in Höhe von 16.054,05 € für das Jahr 2025 zusammen. Der Vorschussanteil für das Jahr 2025 in Höhe von 61.054,05 € wird auf den Betriebskostenzuschuss für das Jahr 2025 angerechnet und mit dem Wert von 757.702,52 € im HH-Plan 2025 festgelegt. Über eine Anpassung des Betriebskostenzuschusses für die Folgejahre wird nach der Badesaison 2025 entschieden.

Beschlusnummer: 97

Abstimmungsergebnis: Ja: 10 Nein: 0

2 Haushaltssatzung der Stadt Weiden i.d.OPf. für das Haushaltsjahr 2025

Es wurden die Beratungen über die Einzelhaushaltspläne des Verwaltungshaushalte fortgesetzt:

54000.63023 – Maßnahmen Tierseuchen

Der Ansatz wird auf 20.000 € reduziert.

Abstimmungsergebnis: Ja: 10 Nein: 0

55000.70020 – Zuschüsse an Sportvereine f. Pachten

Der Ansatz soll bestehen bleiben.

Abstimmungsergebnis: Ja: 10 Nein: 0

55000.70030 – Zuschüsse an Sportvereine f. Erbbauzinsen

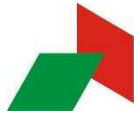
Der Ansatz soll bestehen bleiben.

Abstimmungsergebnis: Ja: 10 Nein: 0

61000.66100 – Mitgliedsbeiträge Bündnis Hameler Erklärung

Der Ansatz wird auf 250 € reduziert.

Abstimmungsergebnis: Ja: 10 Nein: 0



61000.65601 – Kosten ISEK

Der Ansatz wird auf 30.000 € reduziert (inkl. der Folgejahre).

Abstimmungsergebnis: Ja: 9 Nein: 1

68000.11000 – Einnahmen Parkuhrgebühren

Der Ansatz wird auf 490.000 € erhöht.

Abstimmungsergebnis: Ja: 10 Nein: 0

68000.11030 – Einnahmen Parkgebühren Naabwiesenparkplatz

Der Ansatz wird auf 460.000 € erhöht.

Abstimmungsergebnis: Ja: 10 Nein: 0

75100.50000 – Unterhalt u. Instandsetzung Friedhofsgebäude, Friedhofsanlagen

Der Ansatz wird auf 130.000 € reduziert.

Abstimmungsergebnis: Ja: 10 Nein: 0

75100.65120 – Friedhofskonzept

Der Ansatz wird auf 20.000 € erhöht.

Abstimmungsergebnis: Ja: 10 Nein: 0

82000.11000 – Benützungsgebühren Flugplatz

Der Ansatz wird auf 100.000 € erhöht.

Abstimmungsergebnis: Ja: 10 Nein: 0

(StR Gollwitzer ging; StR Gmeiner übernahm dessen Sitz)

90000.00300 – Gewerbesteuer

Der Ansatz wird auf 32.500.000 € erhöht.

Abstimmungsergebnis: Ja: 10 Nein: 0

(Bgm. Höher ging)

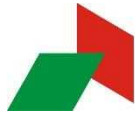
Herr Fröhlich schlug abschließend vor, die Krankenhausumlage um 100.000 € zu erhöhen.

51000.71100 – Krankenhausumlage

Der Ansatz wird auf 1.400.000 € erhöht.

Abstimmungsergebnis: Ja: 10 Nein: 0

Die Etatberatungen über den Vermögenshaushalt werden in der Januar-Sitzung fortgesetzt.



Beschlussnummer: 90

Abstimmungsergebnisse: siehe oben

3 Budgets zum Haushaltsplan 2025 im Verwaltungs- und Vermögenshaushalt

Der Tagesordnungspunkt wird in die Januar-Sitzung verschoben.

Vorgangsnummer: 91

4 Finanzplan und Investitionsprogramm der Stadt Weiden i.d.OPf. für das Haushaltsjahr 2025

Der Tagesordnungspunkt wird in die Januar-Sitzung verschoben.

Vorgangsnummer: 92

5 Haushaltssatzung der von der Stadt Weiden i.d.OPf. verwalteten Stiftungen für das Haushaltsjahr 2025

Der Tagesordnungspunkt wird in die Dezember-Sitzung verschoben.

Vorgangsnummer: 93

6 Finanzplan und Investitionsprogramm der von der Stadt Weiden i.d.OPf. verwalteten Stiftungen für das Haushaltsjahr 2025

Der Tagesordnungspunkt wird in die Dezember-Sitzung verschoben.

Vorgangsnummer: 94

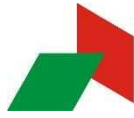
7 Genehmigung der Niederschrift der letzten öffentlichen Sitzung

Beschluss:

Die Niederschrift der öffentlichen Finanz-, Vergabe-, Grundstücks- und Sanierungsausschusssitzung vom 22.10.2024 wird ohne Änderungen genehmigt.

Beschlussnummer: 95

Abstimmungsergebnis: Ja: 10 Nein: 0



8 Bekanntgabe von in nichtöffentlicher Sitzung getroffener Beschlüsse

- **Verhandlungsvergabe ohne Teilnahmewettbewerb gem. §12 UVgO
Prävention im Straßenverkehr - Geschwindigkeitsüberwachung einschließlich
Berichtswesen und Öffentlichkeitsarbeit für die Stadt Weiden i.d.OPf. 2025 / 2027
Vergabenummer: 11/4-2024-Bm-15**

Beschluss Nr. 75:

Der Auftrag für die Maßnahme „Prävention im Straßenverkehr - Geschwindigkeitsüberwachung einschließlich Berichtswesen und Öffentlichkeitsarbeit für die Stadt Weiden i.d.OPf. 2025 / 2027“ wird der Firma gGKVS gemeinnützige Gesellschaft für Kriminalprävention und Verkehrssicherheit mbH, Kleine Reichenstraße 1, 20457 Hamburg erteilt.

- **Verhandlungsvergabe ohne Teilnahmewettbewerb gem. §12 UVgO
Schülerbeförderung östliche Ortsteile und südwestliche Ortsteile
Vergabenummer: 11/4-2024-Bm-18**

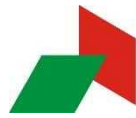
Beschluss Nr. 76:

Der Auftrag für die Ausschreibung „Schülerbeförderung östliche Ortsteile und südwestliche Ortsteile“ wird wie folgt vergeben:
Der Zuschlag für Los 1 - östliche Ortsteile und Los 2 - Rückfahrten Hans-Sauer-Schule erfolgt jeweils auf das Angebot der Fa. City Taxi Weiden GbR, Pfarräckerstraße 24, 92637 Weiden.

- **Verhandlungsvergabe ohne Teilnahmewettbewerb gem. § 12 UVgO
Gestellung, Reinigung und Unterhalt von Mietarbeitskleidung für den Bauhof der
Stadt Weiden
Vergabenummer: 11/4-2024-Ze-11**

Beschluss Nr. 77:

Den Zuschlag für die „Gestellung, Reinigung und Unterhalt von Mietarbeitskleidung“ erhält die Firma Merk Textil-Mietdienste GmbH & Co. KG, Albert-Einstein-Straße 3, 90513 Zirndorf.



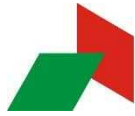
Vorgangsnummer: 96

Der Bericht diene zur Kenntnisnahme.

**10 Quartalsbericht über Steuerentwicklung
-vgl. Finanzausschussbeschluss Nr. 134 vom 14.12.2004**

Mit Finanzausschussbeschluss wurde die Verwaltung beauftragt einen Sachstandsbericht über die Entwicklung der Steuereinnahmen im lfd. Kalenderjahr zu fertigen. Für das 3. KV 2024 stellt sich der Bericht wie folgt dar:

	2023	2022
<u>Gewerbsteuer:</u>		
HHS 30.000.000,00 €	26.000.000,00 €	26.000.000,00 €
32.859.955,00 € (24.09.24)	36.033.550,00 € (30.09.23)	23.895.779,00 € (30.09.22)
<u>Einkommensteuer-Anteil:</u>		
HHS 26.395.000,00 €	25.411.550,00 €	24.074.100,00 €
19.551.288,00 €	19.671.519,00 €	18.466.746,00 €
<u>Umsatzsteuer-Anteil:</u>		
HHS 5.756.469,00 €	5.250.814,00 €	5.250.814,00 €
4.190.361,00 €	4.244.551,00 €	4.224.928,00 €
<u>Einkommensteuerersatz-Anteil:</u>		
HHS 2.111.600,00 €	2.000.828,00 €	1.875.107,00 €
1.501.881,00 €	1.429.640,00 €	1.450.164,00 €
<u>Grunderwerbsteuer:</u>		
HHS 1.800.000,00 €	2.100.000,00 €	1.500.000,00 €
985.793,00 € (09/2024)	1.416.478,00 € (09/2023)	1.782.151,00 € (09/2022)
<u>Gewerbsteuerumlage:</u>		
HHS 2.763.158,00 €	2.394.737,00 €	2.394.737,00 €



2.142.213,00 €

2.706.437,00 €

1.944.083,00 €

Vorgangsnummer: 98

Der Bericht diente zur Kenntnisnahme.

11 Heizbeihilfe für Leistungsberechtigte nach dem SGB XII

Wie in den Vorjahren erfolgt die Ermittlung der Heizungshilfe für Leistungsberechtigte nach dem SGB XII auf der Grundlage eines sogenannten Heizungshilfe-Eckwerts entsprechend den seit 1977 bewährten Empfehlungen des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge.

Dem aktuell ermittelten Heizungshilfe-Eckwert liegen folgende Daten zugrunde:

- Durchschnittlicher Heizölverbrauch in l/qm laut der Studie „Energie-Kennwerte“.
- als zu berücksichtigende beheizbare Wohnfläche werden dem Heizungshilfe-Eckwert 50 qm zu Grunde gelegt.
- Durchschnittlicher Heizölpreis derzeit 1,07 € (einschließlich Mehrwertsteuer, Gefahrgutzulage und Lieferung frei Haus) ermittelt durch Umfrage bei den hiesigen Brennstoffhändlern.

Nachdem leichtes Heizöl in der Stadt Weiden i.d.OPf. der eindeutig bevorzugte Heizbrennstoff ist, wurde bei der Festsetzung des Heizungshilfe-Eckwertes vom aktuellen Heizölpreis ausgegangen.

Die Verwaltung wurde durch den Beschluss des Finanz-, Vergabe-, Grundstücks- und Sanierungsausschuss vom 09.11.2016 ermächtigt, die Heizbeihilfe selbstständig festzusetzen.

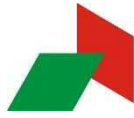
Der Eckwert wurde auf 712,00 Euro festgesetzt und es ergaben sich folgende Beträge:

a) Haushalte mit einer Person	(50 qm)	712,00 €
b) Haushalte mit zwei Personen	(65 qm)	926 €
c) Haushalte mit drei Personen	(75 qm)	1068,00 €
d) Haushalte mit vier Personen	(90 qm)	1282,00 €
jede weitere Person	(15 qm)	214,00 €

Diese Beträge stellen Höchstsätze dar, die grundsätzlich nicht überschritten werden dürfen.

Bei besonders den Bedarf beeinflussenden Umständen (schlechte Beheizbarkeit der Wohnung, schlechte Wärmeisolierung des Gebäudes, erhöhtes Wärmebedürfnis der Bewohner z.B. bei Kranken, Behinderten und Kleinkindern) können im Einzelfall die Höchstsätze um maximal 20 % überschritten werden. Die Gründe sind im Einzelfall in einem Aktenvermerk festzuhalten.

Die Heizungsbeihilfe für den Zeitraum 01.10.2024 bis 30.04.2025 wird in voller Höhe nur bei Antragstellung bis zum 31.12.2024 gewährt. Wird Heizungsbeihilfe nach diesem Zeitraum beantragt, so wird sie, dem abgelaufenen Zeitraum entsprechend, gekürzt.



Die Verwaltung wurde ermächtigt, bei einer erheblichen Veränderung des Heizölpreises den Heizungshilfe-Eckwert entsprechend anzupassen.

Für Empfänger von Leistungen nach dem SGB II hat der Finanzausschussbeschluss des Stadtrates vom 16.09.2008 weiterhin Gültigkeit, wonach, entsprechend den Empfehlungen des Deutschen Vereins zu den Leistungen für Heizung vom 18.06.2008, die tatsächlichen Heizkosten zu übernehmen sind, soweit diese angemessen sind. Eine Pauschalierung ist im Gegensatz zum Bereich des SGB XII grundsätzlich unzulässig

Beschlusnummer: 99

Der Bericht diene zur Kenntnisnahme.

Um 17:06 Uhr beendete Oberbürgermeister Jens Meyer die öffentliche Sitzung.

Weiden i.d.OPf., 27.11.2024

gez.
Jens Meyer
Oberbürgermeister

gez.
Lukas Moll
Protokollführung